

# Demokratie, Grund- und Freiheitsrechte

## Demokratieverständnis und politische Kultur

Wir sind davon überzeugt, dass die Demokratie die beste Staatsform ist. Demokratie bedeutet Souveränität der Bevölkerung und geht davon aus, dass diese in der Gemeinschaft die besten Entscheidungen für den Staat trifft. Je mehr Meinungen und Aspekte miteinbezogen werden, desto besser und tragfähiger sind die Entscheidungen.

Im Hinblick auf unser politisches Auftreten und Handeln sprechen wir uns für eine Kultur des gegenseitigen Respekts aus, weil wir überzeugt sind, dass nur diese zum Erhalt einer ‚gesunden‘ Demokratie beitragen kann. Die uneingeschränkte Einhaltung der Grund- und Menschenrechte ist für uns ein zentrales Anliegen.

Bewusstes, unsachliches Schlechtreten und Abwerten politischer Mitbewerber zum Zweck der eigenen Profilierung lehnen wir ab. Dissens und verschiedene Interessenslagen liegen in der Natur politischen Handelns. Kritik und unterschiedliche Meinungen sind notwendig, müssen möglich sein und haben sachlich zu bleiben. Parteipolitisch motivierte Fundamentalopposition empfinden wir als destruktiv und undemokratisch. Ideen jeder demokratisch legitimierten Partei sind einem konstruktiven Diskurs zu unterziehen, denn Demokratie ist ein Wettstreit um die besten Ideen. Unser Motto *„Demokratie aushalten,,!“*

## Umfrage in Österreich zur Zufriedenheit mit der Demokratie 2023

Den Ergebnissen einer Umfrage in Österreich zufolge hat die **Zufriedenheit über die Art, wie Demokratie gelebt wird**, über die vergangenen 10 Jahre tendenziell abgenommen, die Unzufriedenheit entsprechend zugenommen. Die entsprechenden Werte aus dem zweiten Halbjahr 2023 sollten zu denken geben, bereits beinahe 2 von 5 Menschen sind prinzipiell nicht zufrieden. Nur im zweiten Halbjahr 2015 waren diese Werte noch bedenklicher.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/285282/umfrage/umfrage-in-oesterreich-zur-zufriedenheit-mit-der-demokratie>

Veröffentlicht von [Statista Research Department](#), 09.01.2024

## Grund- und Freiheitsrechte

Grund- und Freiheitsrechte sind Abwehrrechte gegen den Staat – bilden aber auch das Fundament unserer Verfassung.

Unserer Ansicht nach ist der Schutz individueller Rechte der einzig legitime Zweck eines Staates, daher kann einzig dieser Schutz als Begründung für die Gesetzgebung dienen: Alle Gesetze müssen auf individuellen Rechten basieren und auf ihren Schutz abzielen. Staatliches Handeln darf niemals Selbstzweck sein. Das bedeutet beispielsweise, dass der Staat sowohl Sicherheit also auch Freiheit gewährleisten muss und dafür Sorge tragen, dass diesbezügliche eine Balance besteht. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit – und ohne Freiheit ist die Sicherheit wertlos. Der Staat ist immer dann gefordert, wenn in die Freiheitsrechte anderer eingegriffen wird, oder wenn ein großes Machtungleichgewicht besteht. Dann ist er verpflichtet, ausgleichende Regelungen zu schaffen, um das gute Zusammenleben

abzusichern. Hier sehen wir unsere Aufgabe. Wenn beispielsweise große Konzernstrukturen zu viel Macht und Einfluss gewinnen, sind hier Regelungen zu treffen, um die Rechte der schwächeren Marktteilnehmer oder Konsumenten zu schützen. Andererseits muss große Zurückhaltung geboten sein bei Regelungen, die das Privatleben der Menschen betreffen. All das dient dem Schutz der Grund- und Freiheitsrechte jedes Einzelnen.

# Frieden, Neutralität und Sicherheit

„**Sicherheit**“ ist ein Thema, das die Menschen in Österreich heute mehr denn je beschäftigt. Multiple aufeinander folgende bzw. einander überschneidende **Krisen** der letzten Jahre bis heute (Covid-19, Ukraine, Klima, Blackout-Gefahr ...) haben das **Unsicherheitsgefühl** von uns Menschen vergrößert. Anstatt sich nach Jahrzehnten der Prosperität in einem – dem Vernehmen nach – der wohlhabendsten Länder der Welt dem Wachstum und der Entwicklung zu widmen, sieht sich eine Mehrheit der Menschen in Österreich damit konfrontiert, wenigstens die **Herausforderungen basaler Sicherheits- und Überlebensbedürfnisse** meistern zu können. Vielfache **Ängste** sind die Folge dieser Situation. Wir sehen es als eine unserer größten Herausforderungen und Aufgaben, den Menschen in Österreich **Ängste zu nehmen** und Sicherheit zu vermitteln. Neben **Leidenschaft** leiten uns dabei auch **Verantwortungsgefühl** und **Augenmaß**, wenn wir uns der beiden Aspekte der **äußeren und inneren Sicherheit** annehmen:

## a) Äußere Sicherheit

Alle Maßnahmen, die den Schutz Österreichs nach Außen und Innen sicherstellen sollen, müssen den Anforderungen der **Satzung der Vereinten Nationen**, des **Völkerrechts**, der **österreichischen Verfassung** und der **Menschenrechte** genügen. Österreich definiert sich als ein „**immerwährend neutraler Staat**“, wobei das **Neutralitätsgesetz**, als eine der beiden verfassungsrechtlichen Grundlagen der österreichischen Neutralität, diese als **militärische Neutralität** festlegt. Die zweite Grundlage ist der **Art. 23j B-VG**, der den Rahmen festlegt, innerhalb dessen Österreich als neutraler Staat an der „**Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**“ („**GSVP**“) mitwirken kann. Die österreichische Neutralität ist eine **wehrhafte**, das bedeutet letztlich auch die Verpflichtung dazu, ein **einsatzfähiges und schlagkräftiges Bundesheer** aufzustellen und zu unterhalten.

Der gegenwärtige Konflikt in der Ukraine zeigt deutlich, dass **Neutralität zeitgemäß ist**, mehr noch:

### **Neutralität schützt!**

Es gibt guten Grund dazu anzunehmen, dass eine Neutralitätserklärung der Ukraine diesen **Konflikt verhindert** hätte. Neben der überwältigenden **Unterstützung der österreichischen Bevölkerung** für die Neutralität bietet diese nicht nur **wichtige außenpolitische Gestaltungschancen** für Österreich, sondern kann darüber hinaus verhindern, als Mitglied eines Militärbündnisses wie der NATO, in deren **Konflikte hineingezogen** und zur **Zielscheibe** zu werden. Neutralität kann als **Sicherheitsgarantie** verstanden werden, **Bündnisse** zeigen hingegen einen **eskalierenden Effekt**, je stärker die Bündnisverpflichtungen, desto größer die **Kriegsgefahr** und die **Einschränkung diplomatischer Fähigkeiten**.

### **Forderungen für die Zukunft:**

- **Stärkung der österreichischen Neutralität**, auch durch eine **aktive, konsequente und glaubwürdige Neutralitätspolitik** (z. B. Hilfe bei Konfliktbearbeitung anderer Staaten, Streitbeilegung, Vermittlung, Entspannung, „neutraler Ort“ für Begegnungen und Verhandlungen, humanitäre Hilfe etc.).

- Aufrechterhaltung des **Einstimmigkeitsprinzips** in der zweiten und dritten Säule der EU.

· Aufbau des **österreichischen Bundesheeres** zu einem **verteidigungs- und außenpolitischen Tool**, das glaubwürdig dazu in der Lage ist, die Neutralität Österreichs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen, ebenso wie dessen Kapazitäten für die **Katastrophenhilfe**. Konzentration des österreichischen Bundesheers auf seine **Kernaufgabe**, die **militärische Landesverteidigung** und **Abbau der „Hilfs-Polizisten-Assistenzleistungen“** im Inneren, die sowohl Ausbildung als auch Dienstbetrieb nachhaltig behindern.

· Erarbeitung einer umfassenden, auf der Neutralität Österreichs aufbauenden **österreichischen Sicherheitsstrategie** unter besonderer Berücksichtigung der **umfassenden Landesverteidigung**.

· „Wiederbelebung“, Förderung und Nutzung von internationalen Organisationen wie der **OSZE** als Plattform für Friedenskonferenzen und einer Plattform für den Aufbau einer **nachhaltigen, stabilen und friedlichen zukünftigen Friedensarchitektur**.

## b) Innere Sicherheit

Tausende **Polizistinnen** und **Polizisten** leisten an der Basis tagtäglich **korrekt** und mit **hoher Einsatzbereitschaft** ihren oft sehr schwierigen und herausfordernden Dienst an den Menschen dieses Landes. Darüber soll aber nicht vergessen werden, dass die Sicherheitskräfte gerade in einem liberalen Rechtsstaat nur in einem **engen rechtsstaatlichen Korsett** operieren dürften. In einem solchen Staat ist für die Bevölkerung **alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist**. Bürokratischen Systemen wohnt aber die Tendenz inne, ihre **Befugnisse und Gewalten ständig und beharrlich auszuweiten** und letztlich in alle möglichen Bereiche gesellschaftlichen und privaten Lebens regulierend einzudringen – wenn auch vielleicht mit den besten Absichten. Polizei- und Bürgerrechte sind **kommunizierende Gefäße**, ein moderner liberaler Rechtsstaat zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass seine Bürger- und Freiheitsrechte jene der Sicherheitskräfte bei weitem überragen. Vielmehr hat ein moderner liberaler Rechtsstaat seine **Gewaltunterworfenen auch vor eben diesem Staat zu schützen**.

Die letzten Jahrzehnte waren auch in Österreich gekennzeichnet von einem **gefährlichen Abbau liberaler Bürgerrechte** im Gegensatz zur **massiven Zunahme der Befugnisse von Sicherheitskräften**. Neue Bedrohungen der inneren Sicherheit wie Cyber-Angriffe oder terroristische Bedrohungen stellen sicherlich eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte dar. Im Bemühen um die Bewältigung dieser Herausforderung scheinen diese Sicherheitsdienste aber **keine Abwägung von Rechtsgütern** vorzunehmen, sondern verlangen eine extensive Ausweitung ihrer Befugnisse (aktuelles Beispiel: das „going dark“ Szenario), welche ihnen letztlich z. B. auch **ungebremste Massenüberwachung** ermöglichen soll, obwohl kein noch so starker Polizeistaat in der Lage ist, Verbrechen zu verhindern.

Eine weitere Herausforderung für eine effektive Arbeit der Sicherheitsdienste im Innenministerium stellen **fehlende „checks & balances“** und damit die zunehmende **Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit** durch die Fusionierung verschiedener, vorher getrennter, Sicherheitsdienste dar. Zudem wurden die Sicherheitsbehörden mit dem Wachkörper Bundespolizei zusammengelegt und erhebliche Kompetenzen im Innenministerium gebündelt, auch **polizeiliche Parallelstrukturen** aufgebaut.

### Forderungen für die Zukunft:

· Alle rechtlichen Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit haben sich streng am **Primat der verfassungsmäßig garantierten Grund- und Freiheitsrechte** zu orientieren. Der Staat darf in diese Rechte nur im unbedingt notwendigen Ausmaß eingreifen. Dem ist auch bei der Ausarbeitung einschlägiger **legistischer Maßnahmen auf EU- und internationaler Ebene** Rechnung zu tragen.

- Die Etablierung eines Systems der „**checks & balances**“ in der Organisationsstruktur der Polizei über eine **Trennung der Polizeibehörden vom Polizeiwachkörper**.
- Die **Trennung von Nachrichtendienst und Staatsschutz**.
- Die **Stärkung der Polizeiinspektionen** als „**Basis-Sicherheits-Inseln**“.
- Die Schaffung einer **parlamentarischen Kontrollinstanz** über die Polizei, analog der parlamentarischen Bundeswehrbeschwerdekommision.

# Natur-, Umwelt- und Tierschutz

Viele von uns kommen aus der Grün-Bewegung und halten die ur-grünen Werte hoch. **Natur, Umwelt und Tierschutz** sind uns eine Herzensangelegenheit. Sie sollten allen Menschen ein wichtiges Anliegen sein – aus Eigeninteresse. Unser Bekenntnis und unser Einsatz gelten der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen: gesunder Boden, sauberes Wasser und saubere Luft.

Weltuntergangs-Szenarien durch eine Klimakrise im 21. Jahrhundert und dass der Klimawandel ausschließlich menschengemacht und durch CO<sub>2</sub> / Treibhausgase verursacht wäre, halten wir für eine einseitige und unsachgemäße Betrachtung. Wie in allen wissenschaftlichen Gebieten, braucht es einen sachlichen wissenschaftlichen Diskurs. Probleme bereiten die Industrialisierung und die damit verbundene Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung.

Hier braucht es sowohl traditionelle als auch innovative Lösungsansätze.

Als einen der Schlüssel für Natur- und Umweltschutz verstehen wir die Wirtschaft und Industrie. Ein breiter Diskurs zu einer nachhaltigen, ökologischen und sozialen Wirtschaft, die das Gemeinwohl aller Menschen als Ziel verfolgt, ist zu führen unter Einbezug sämtlicher pro und contra Argumente und ohne Katastrophismen. Unsere Ansätze hierzu werden wir im Programmteil „Wirtschaft“ ausführen (*in Erarbeitung*).

**Wir fordern:**

## (1) Stopp von übermäßigem Bodenverbrauch und eine ambitionierte Bodenschutz-Strategie

- Verbrauch von maximal 2,5 Hektar Boden pro Tag [1], [2]
- Ortszentren beleben und Leerstände besiedeln – statt Leerstands-Abgaben
- Stärkung der Verantwortlichkeit des Bundes bei Raumordnung und Raumplanung. Keine Alibi-Aktionen und Reform des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes UVP-G 2000

### Fakten zum Bodenverbrauch:

- In den letzten 10 Jahren wurden durchschnittlich 20 Hektar (=30 Fußballfelder) pro Tag verbaut. In der Periode 2014-2016 waren es 14,7 Hektar (=24 Fußballfelder).
- Aktuell werden täglich rund 11,3 Hektar an produktiven Böden (3-Jahresmittelwert 2019-2021) für Verkehr, Industrie, Wirtschafts- und Wohnraum verbraucht. Inklusive Freizeit- und Bergbauflächen sind es über 20 Hektar pro Tag.
- 2022 wurden mehr als die Hälfte (58 Prozent) des verbrauchten Bodens komplett versiegelt, d.h. mit wasserundurchlässiger Schicht aus Beton oder Asphalt überzogen. Gleichzeitig fördern Bund und Länder Entsiegelungskosten zur Wiederherstellung von Grünflächen, Ackerflächen und Wiesen. Die natürliche Neubildung von nur einem Zentimeter Humus dauert 100 bis 200 Jahre! [3]
- Österreich verliert jährlich 0,5 % seiner Agrarflächen, d.h. in 200 Jahren gäbe es bei Fortschreiten dieser Entwicklung so gut wie keine Agrarflächen mehr in Österreich. Im Vergleich: Deutschland und die Schweiz verbauen 0,25 %, Tschechien 0,17 %.
- Österreich hat mit 1,8 m<sup>2</sup> die höchste Supermarktfäche pro Kopf: Italien 1,0 m<sup>2</sup>, Frankreich 1,2 m<sup>2</sup>.
- Österreich hat mit 15 Meter pro Kopf eines der dichtesten Straßennetze: Deutschland 7,9 Meter, Schweiz 8,1 Meter pro Kopf.
- In Österreich gibt es lt. Umweltbundesamt 13.000 Hektar Industriebrachen. Inklusive Gewerbeflächen und leerstehender Häuser schätzt man die verbaute ungenutzte Fläche auf 40.000 Hektar, das entspricht in etwa der Fläche der Stadt Wien.

## (2) Artenvielfalt schützen und fördern!

- sofortige Maßnahmen gegen das leise Artensterben: global sterben 150 Arten pro Tag aus, dies hat katastrophalen Folgen für die Ökosysteme und die Menschen
- Renaturierung und aktiver Aufbau der Tier- und Pflanzenwelt, jedoch ohne Zerstörung der derzeitigen Ökosysteme, Stopp der Denaturierung
- Reduktion (durch hohe Besteuerung) und langfristig Verbot von Umweltgiften wie Glyphosat und Chlormequart [5], um einen Anreiz für alternative Methoden zu schaffen

## (3) Heute Bäume pflanzen für morgen!

Bäume und Sträucher erbringen tagtäglich viele Leistungen für uns Menschen und sorgen gleichzeitig für unser Wohlbefinden und ein schönes Landschaftsbild! Deshalb fordern wir...

- den Schutz gesunder Bäume
- Baumpflanzungen und Begrünungen, besonders in Orts- / Stadtzentren unter Beachtung von „Mindest-Rabattgrößen“, damit (Jung)Bäume auch lebensfähig sind.

# DIE BÄUME BRAUCHEN UNS

## ÖKOSYSTEMLEISTUNGEN

- Schattenspender & Mikroklima
- Sauerstoffproduktion
- Regenwasserrückhalt & Hochwasserregulierung
- Luftreinigung (Grüne Lunge)
- Lärm- & Windschutz
- Wichtiger Bodenerhalter

### (4) Bevorzugung regionaler, schonend und nachhaltig angebauter Lebensmittel

- Gentechnik – uneingeschränkte Kennzeichnung bei Lebensmitteln
- Pfandsysteme erweitern und verbessern
- Plastik generell und damit die enorme Verschmutzung durch Plastik reduzieren

### (5) Die Erhaltung und Verbreitung der Kulturpflanzenvielfalt

- Keine Patente auf konventionell gezüchtetes Saatgut [4+5]
- EU-Saatgutrecht – die Erhaltung lokaler und traditioneller Sorten muss gestärkt werden.
- Gesetzgebung, die die legale Weitergabe und Vermehrung von vielfältigem Saatgut ermöglicht, die biologische Kulturpflanzenvielfalt fördert, die Rechte der Bäuerinnen und Bauern respektiert und gleichzeitig die Grundlage für ein nachhaltiges, widerstandsfähiges und vielfältiges Lebensmittelsystem schafft
- Uneingeschränkter Selbstanbau von Gemüse und Obst für die Eigenversorgung

## TIERSCHUTZ

Tiere sind keine Gegenstände, sondern leidensfähige Lebewesen mit eigenen Bedürfnissen, die zu respektieren sind. Dies betrifft die Haltung von Tieren in der Landwirtschaft, in Zoos und Zirkussen aber auch in privaten Haushalten.

- Tierschutzorganisationen, die die Rechte der Tiere vertreten, brauchen daher Parteistellung in Verfahren und Mitsprache.
- Wir wollen langfristig Tierversuche als das falsche Paradigma der naturwissenschaftlichen Forschung, in Anlehnung an die interdisziplinäre, wissenschaftliche Basis der ECEAE, gänzlich abschaffen. Forschungseinrichtungen und Konzerne haben dabei an Stelle klassischer Konkurrenzwirtschaft neue Formen der Zusammenarbeit und Informationsweitergabe zu entwickeln, um die wiederholte Durchführung der immer selben Tierversuche zu vermeiden.
- Die Liste der bedrohten Tier-Arten wollen wir aktualisieren.
- Ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz wollen wir endlich sicherstellen, das sich auch auf wild lebende Tierarten, deren Fang, Handel oder Haltung erstreckt.
- Die Qualzucht von Haus- aber auch von Nutztieren wollen wir abschaffen.

- Wir wollen eine Eingreifmöglichkeit schaffen, wenn Tierschutzorganisationen melden, dass konkret Tiere gequält oder schlecht gehalten werden.
- Der brutalen Ausbeutung von Tieren als Produktionsmaschinen in der Massentierhaltung, der Misshandlung bei den Tiertransporten und der Massentötung von Tieren wollen wir Grenzen setzen.

## **Text und Quellenangaben**